Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 221. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 18. Oktober 1933. | 15. Jahrgang.

Prahl nicht heute: Morgen will
Dieses oder das ich tun!
Schweige doch bis morgen still,
Sage dann: Das tat ich nun! Rückert.

Ganz Deutschland wie ein Mann!

Nachdem das deutsche Volk mit immer neuen Hoffnungen von Verhandlung zu Verhandlung gegangen, aber immer wieder aufs bitterste enttäuscht worden war, bekannte es sich zu den Männer, die die nationale Einigung auf ihre Fahne geschrieben hatten, von denen es erwarten durfte, daß sie das würdelose Spiel der internationalen Rechtlosmachung unseres großen und tapferen Volkes nicht länger dulden würden. Die Hoffnung, daß unsere Gegner unsere Lage begreifen und verstehen würden, daß wir aus tiefstem völkischen Empfinden und ehrlichstem Verständigungswillen heraus nicht anders handeln können, wie wir handeln, hat sich leider nicht erfüllt. Wir haben keinen Zweifel gelassen an unserem Willen zum Frieden und zur Verständigung. wir haben es laut in die Welt hineingerufen, daß wir jede Gewalt ablehnen, daß wir zu jeder Abrüstung bereit sind, wenn unsere Gegner sich auch ehrlich dazu entschließen können.

An allen diesen Versicherungen sind unsere Gegner vorbeigegangen und haben in Genf unserm Außenminister erklärt, daß sie das Versprechen der Gleichberechtigung, daß sie der früheren deutschen Regierung im Dezember des vorigen Jahres gegeben haben, der jetzigen deutschen Regierung nicht mehr zugestehen können. In dieser beleidigenden Erklärung fühlt sich das ganze deutsche Volk getroffen und zur leidenschaftlichen Abwehr vereinigt. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo es der ganzen Welt zu Bewußtsein kommen muß, daß in Deutschland die Regierung die sichtbare Form des Volkswillens ist, daß Regierung und Volk eins sind. Die Regierung legt dem Volk die Entscheidung über sein Schicksal selbst in die Hand, und diese Entscheidung kann gar nicht zweifelhaft sein. Das ganze Volk stellt sich wie ein Mann hinter seine Regierung. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß das deutsche Volk, wenn es hier versagt, sich selbst das Lebensrecht und den Anspruch darauf, als Nation behandelt zu werden, abspricht.

Die Welt will es noch nicht einsehen, daß das deutsche Volk von 1933 nicht mehr das der vorhergegangenen Jahre ist. Mit der Bemerkung, sie könne der jetzigen Regierung nicht mehr dasselbe zugestehen wir vor einem Jahr der früheren, glaubt sie, die Zwietracht in das deutsche Volk hineintragen zu können. Sie wird sehr bald erkennen müssen, daß das ein vergebliches Bemühen und auch eine verfehlte Spekulation ist. Die Staatsmänner des alten Systems, die sich in Genf augenblicklich — wer weiß wie lange noch? — ein Stelldichein geben, haben ihren Meister gefunden. In einer gehaltenen, würdevollen Weise, die das Herz jedes Deutschen freimachte, in der das Gefühl der vollen Verantwortung für das deutsche Volk wie für die ganze Menschheit immer wieder durchklang, hat Adolf Hitler den Schlag mit einem Appell an das ganze deutsche Volk pariert. Er wird sich nicht getäuscht haben, denn in dem Maße, wie er sich in wenigen Monaten das Vertrauen des deutschen Volkes gewonnen hat, hat es in der deutschen Geschichte wohl nie ein Staatsmann besessen. Indem er sich an das Heldische im deutschen Menschen wandte, hat er das deutsche Volk bei seinen besten Eigenschaften gerufen. Das deutsche Herz schlägt noch immer heiß für Ehre, Recht und Freiheit, und es ist immer noch da, wo seine Fahnen wehen. Das Wort Adolf Hitlers, daß wir bereit sind, Not und auch Verfolgung auf uns zu nehmen, wenn wir sonst unsere nationale Würde nicht bewahren können, ist nicht eine leere Geste, das mögen sich die Gegner immer wieder sagen. Ein Volk, das breit ist, selbst dem Aeußersten getrost ins Auge zu sehen, wenn es seine heiligsten Güter bedroht sieht, meldet seinen unverlierbaren Anspruch auf Mitbestimmung in der Welt an.

H. V.

Der Weg Moskaus

Komintern-Rußland oder National-Rußland?

Von Georg S. Löbsack.

Die nichtbolschewistische Oeffentlichkeit Rußlands erwartet vom Leipziger Brandstifterprozeß gemäß ihrer Freiheitssehnsucht auch eine feste Stützung der internationalen Antibolschewistenfront von staatswegen. Ihre gläubige Hoffnung ist, daß eines Tages doch alle Staaten mit der Sowjetunion wegen ihrer Verkoppelung mit der Komintern in Konflikt geraten. In dieser Hoffnung sind sich gleicherweise die Russen und alle übrigen Völkerschaften Rußlands einig. Der Leipziger Prozeß, wähnen sie, wird der Welt die Augen zum erstenmal gerade für den Blick in dieser Richtung öffnen.

Gewiß trägt der Prozeß vieles dazu bei. Aber auch an der nichtbolschewistischen Oeffentlichkeit Rußlands liegt es, die nationale Weltmeinung aufzuklären. Nicht durch lautes Gerede, dessen man schon überdrüssig ist, sondern durch die Ordnung der eigenen Meinung. Gerade die Zerspaltenheit der national-rußländischen Oeffentlichkeit hüben und ihre Unterdrückung im Sowjetstaat drüben im Sowjetstaat verwirrt immer mehr diejenigen Teile der Weltöffentlichkeit und Weltpolitik, von denen am ehesten eine verständnisvolle Mitberücksichtigung der nationalen Völker- und Staatsinteressen Rußlands erwartet werden könnte. Das bezieht sich verständlicherweise nicht so sehr auf das unterdrückte Rußland als auf das emigrierte. Und es bezieht sich zudem weniger auf die Völkerschaften als auf jene großrussisch orientierten Politiker und Publizisten, die sich im Ausland als die eigentlichen Reichsverweser Rußlands und zugleich seiner Völker herausstellen.

Wir sind gewiß nicht geneigt, die Emigration als das wahre und vielleicht zukünftige Rußland anzusehen. Aber es handelt sich hier ja auch nicht um diese Frage, sondern um die Klärung der Weltmeinung außerhalb der Sowjetunion und für die nüchterne Gegenwart, und für sie könnte Emigrationsführung zweifellos von Bedeutung werden.

Die Voraussetzung hierfür aber ist ein restloser Verzicht auf die schematische Anwendung der Weltpolitik vor 1914 und bis Versailles auf die Gegenwart und Zukunft. Selbst die klar denkenden Emigrationsführer sehen zwar als Hauptfeind die Komintern, demnach einen völlig neuen weltpolitischen Faktor, aber trotz ihrer eigenen Niederlage im Krieg und trotz ihrer schändlich bitteren Erfahrungen mit den alten Verbündeten wollen sie nicht Versailles in seiner zerstörenden Wirklichkeit sehen. Im Gegenteil: sie halten Versailles für eine gerechte Korrektur am Weltkrieg. Und von hier aus betrachten sie auch das Nachkriegsproblem Deutschland, einschließlich des von 1933, obwohl gerade das neue Deutschland der Komintern Fehde angesagt hat. Der Leipziger Prozeß beweist es.

Um deutlicher zu werden: Die Komintern kann nicht anders bekämpft werden durch gleichzeitig alle Staaten und Völker, als wenn das nationale Rußland selbst ihre Bekämpfung aus dem überbrachten Schema der russisch-französischen Bündnisideologie herauslöst. Wir stehen nicht an zu behaupten, daß Frankophilie bei der russischen Emigration immer noch eindeutig Deutschlandfeindschaft heißt. Und obwohl es die frankophile Emigration Frankreich verdenkt, daß mit Moskau Freundschaftspolitik gemacht wird, ja, obwohl sie Deutschlands innere Säuberung vom Kommunismus wohlwollend beurteilt, ist ihr ein russisch-französisches Bündnis gegen Deutschland doch durchaus recht. Freilich denkt sie dabei immer nur an das nationale Rußland, ob im Sowjetstaat oder außerhalb. Das ist aber ein Spiel mit gezinkten Karten. Um so offenkundiger bei aller Listigkeit, als ja die anderen Völker Rußlands außer den Großrussen weit ehrlicher sind, indem sie in der Tat die Kominternbekämpfung ohne Bündnisschema alter Zeit auf ihr Panier schreiben.

Es ist unverständig, zugleich großrussische Versailleshetze gegen Deutschland zu treiben, wenn auch nur verkappt, und auf eine Weltfront gegen die Komintern, zu bauen. Nicht etwa, weil Deutschland in Antwort darauf sich dieser Front fernhalten könnte. Sondern weil so die nach unserem Empfinden einzig denkbare Möglichkeit einer staatspolitischen Weltfront gegen die Komintern, nämlich die gemeinsame Ausmerzung ihrer Einflüsse in der Sowjetaußenpolitik, bis zu ultimativer Handlung einschließlich, immer wieder zunchte gemacht wird durch bündnisschematische Quertreibereien gerade von seiten der großrussisch orientierten Emigration. Deutschland und viele andere Staaten können beim besten Willen ihre nationalrevolutionäre Dynamik nicht bis in die Region einer internationalen Antikominternfront heraufheben, wenn die Weltöffentlichkeit nicht weiß, daß ein National-Rußland nicht wieder in die imperialistische Frankophilie mit all ihrer Verderblichkeit verfällt. Man frage doch nur einmal in England oder Japan, in Polen oder in der Türkei an. Die Emigration will immer so sehr viel mehr sehen als die anderen, und manchmal gelingt es ihr ja auch. Aber es ist uns ein erschreckendes Welträtsel, daß sie nicht bemerkt, daß durch ihr blindes Festhalten am alten Bündnisschema vor allem sie selbst eine Antikominternfront vereitelt, ja der Komintern so nur die Wege ebnet, oft in der Weise, daß die Komintern nur dankbar sein kann.

Unsere persönliche Meinung ist zwar, daß die Zukunft Rußlands auch im Falle eines Umsturzes ohne die Hilfe der Emigration aufstehen wird. Aber wenn die Emigration ehrlich erscheinen will im Glauben, daß sie mithelfen kann, das Nahen dieser Zukunft zu beschleunigen, so darf sie die einzige Möglichkeit einer Weltfront gegen die Komintern und einer Interpellation der Welt für Nationalrußland nicht auf den Kanevas ihrer Bündnisschemen festlegen. Nicht hier steht diese Möglichkeit zur Erörterung. Sondern hier soll die großrussisch-frankophile Emigration nur auf ihre Pflicht zur Entnebelung ihrer eigenen Meinung aufmerksam gemacht werden. Die deutsche Oeffentlichkeit erwünscht eine Antwort.

Vom Deutschen Bodenrecht.

Ein Beitrag zur Siedlungs- und Enteignungsfrage.

Von Regierungs- und Baurat Richard, Danzig.

Die NSDAP darf ohne Ueberheblichkeit das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Bedeutung des Bodenrechts für das Leben des Volkes in seiner ganzen Tragweite erkannt zu haben. Es sei hier nur — außer an zahlreiche Kundgebungen des Führers und der Unterführer — an Artikel 17 des Programms erinnert. Wichtiger aber als die Erkenntnis ist die Tat, und sie begann unmittelbar nach der Machtergreifung durch die Verkündung des Deutschen Erbhofrechtes! Nun harren die vielleicht noch bedeutungsvolleren Aufgaben der Siedlung und des Straßenbaus der Ausführung.

Beide Aufgaben sind ihrer Natur nach unlöslich mit dem Boden und dem Bodenrecht verbunden. Bei beiden spielt die Frage der unverdienten Steigerung des Bodenwertes und der Enteignung eine entscheidende Rolle. Bei beiden tritt der Charakter des Bodens mit den ihm eigentümlichen Eigenschaften, die ihn dem Wesen nach von jeder Ware unterscheiden, besonders deutlich in die Erscheinung. Nur zwei dieser Eigenschaften seien hier genannt: Der Boden ist mit vermehrter Nachfrage nicht vermehrbar; am Orte seines Bedarfs ist er nur einmal vorhanden.

Hieraus erfolgt ohne weiteres, daß sich bei steigendem Bedarf von Boden dessen Preis erhöht. Keine Industrie, die die Preise von allen Waren gar bald mit vermehrter Nachfrage und Herstellung zu senken weiß, ist in der Lage, auch nur eine Handfläche Boden mehr herzustellen, als von der Natur geschaffen wurde — eine Tatsache, die selbstverständlich nicht nurch den Hinweis auf die Trockenlegung von Meeresboden widerlegt werden kann. Niemals ist der Landbedarf größer als in Zeiten verstärkter Siedlungstätigkeit. Je heißer der Landhunger, desto höher steigen die Bodenpreise. Dabei ist es vollkommen gleichgiltig, ob das für die Siedlung in Frage kommende Gebiet von hoher Kultur ist oder brach liegt; gleichgiltig, ob der betr. Eigentümer vor dem Bankerott oder völlig gesichert auf seiner Scholle steht. Der Eigentümer wird nicht nur den selbst erarbeiteten Ertrag seines Grundbesitzes für sich beanspruchen, sondern er wird auch jeden anderen Gewinn aus ihm, auch den durch fremde Siedlungstätigkeit entstandenen, mitnehmen, solange ihm die

Stadt. Bibliothek S 839

Gesetze nicht eine solche Bereicherung auf Kosten anderer unmöglich machen.

Wenn sich ein derartiger Gewinn nicht sofort realisieren läßt, so „wartet" er eben, d. h. er hält seinen Grundbesitz vom Markte zurück. Hier wird nicht übertrieben: Von 513 Siedlern, die sich im Mai dieses Jahres bei der Reichsstelle für Siedlerberatung um Land bewarben und alle persönlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Siedlung erfüllten, konnen nur 52, d. h. rund 10 v. H., berücksichtigt werden — wegen Mangels an Land! — Jede Steigerung des Bodenpreises aber bedeutet eine unproduktive Vorbelastung des Siedlers, einen unwirtschaftlichen Zinsendienst, kurz. eine Verkettung in „Zinsknechtschaft", die den Siedler über kurz oder lang wieder von der Scholle vertreibt.

Nicht anders beim Straßenbau: Solange es zwischen zwei Punkten nur eine kürzeste Verbindung gibt, so lange werden die Bodeneigentümer zwischen diesen Punkten das Monopl in der Hand halten, das ihnen im Falle der Enteignung für Zwecke des Straßenbaus bedeutende und völlig unverdiente Gewinne zuführt. Hier gilt es, die folgenschwersten Unterlassungssünden der Vergangenheit durch deutsches Gemeinrecht gut zu machen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an den Ausbau einer gerechten Wertzuwachssteuer erinnert, die jede Bodenspekulation zu verhindern hat. Hier muß vor allem ein klares Enteignungsrecht geschaffen werden, das den klassischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" durch eindeutige Gesetze verwirklicht!

Noch ist er es nicht. Noch kann ein Rittergutsbesitzer bei Chemnitz, dessen 98,5 Hektar großes Anwesen einschl. Gebäuden zu einem Steuerwert von 212 700 RM eingeschätzt war, für die Enteignung von 2,2 Hektar ohne Gebäude eine Entschädigung von 527 710 Mark verlangen! Das heißt: ein Mann, der sich gewiß nicht ohne Widerspruch in die Front der Bodenspekulanten vom Schlage Jacob Michaels und Ivar Kreugers einreihen ließe, fordert für den 50. Teil seines Grundstücks das 2,5-fache des ganzen Wertes, und kein Gesetz hätte ihm verwehrt, noch weit mehr zu verlangen!

Selbstverständlich wurde mit dem Manne kurzer Prozeß gemacht, und er steckt jetzt im Konzentrationslager. Freilich ist das Problem mit der Internierung nicht gelöst. Es besteht vielmehr noch immer die Möglichkeit, daß ein Gerichtsurteil, das ja nicht von Leidenschaften und Wünschen des Richters beeinflußt wird, den Forderungen des Biedermannes weit mehr entgegenkommt, als dem Rechtsbewußtsein des Volkes entspricht.

Der Grund für diesen bedenklichen Zwiespalt zwischen gesundem Rechtsempfinden und enttäuschender Rechtsprechung beruht einfach auf dem Mangel eines gerechten Maßstabes zur Ermittlung des Entschädigungswertes am Grund und Boden.

Die Ermittlungen dieses Wertes beruhen vielmehr lediglich auf Schätzungen der Behörden oder Richter auf oft umständlichen Gutachten von Sachverständigen, die oft genug sogar an der Steigerung des Bodenwertes das größte Interesse haben. Die übliche Preisermittlung bei Waren aus der Summe von Material, Arbeitslohn, Gewinn usw. versagt eben beim Boden vollständig; denn der Boden hat keine Produktionskosten; ja, wenn man ihn lediglich als Fläche betrachtet, so entbehrt er auch des zweiten entscheidenden Faktors, des „Materials".

Wo mangels klarer Voraussetzungen der Individualität, dem Irrtum, der Willkür keine Schranken gezogen sind, muß ein so erfahrener Kommunal- und Finanzfachmann wie Minister Dr. Lentze zu dem Urteil kommen:

„Die hohen Entschädigungen, die auf Grund der gerichtlichen Urteile gezahlt werden müssen, wirken erst recht preistreibend; denn die Preise, die die Stadt in einer Gegend für eine Enteignung hat bezahlen müssen, gelten für die anderen Grundstücke als maßgebend. Man macht sich aber keinen Begriff davon, wie unsinnig hoch bei Enteignungen die Entschädigungen zugesprochen werden, wie Land, das im Endeffekt wertloses Hinterland ist, als wertvolles Vorderland entschädigt werden muß, und wie Werte zuungunsten der Stadt konstruiert werden, die sie durch ihre Maßnahmen erst geschaffen hat."

Der schlichte Bürger faßt sich kürzer: „Taxen sind Taxen!"

Es wäre nun trostlos, wenn es aus dieser verfahrenen Lage keinen Ausweg gäbe. Glücklicherweise ist die Lösung dieses scheinbar so schwierigen Rätsels viel einfacher als die undurchdringliche Wirrnis der Fachliteratur, der Gesetze, der Verordnungen, der Richtlinien, der Gerichtsurteile ahnen läßt. Nimmt man nämlich als Enteignungswert den Steuerwert des Grundstücks an, so ist die Entschädigungsfrage der Schätzung, dem Zufall, dem unverdienten Wertzuwachs mit einem Schlage entrückt! Eine kurze Anfrage auf dem Steueramt macht kostspielige Prozesse von oft jahrelanger Dauer überflüssig!

Ueber die Gerechtigkeit dieses Vorschlages ist solange kein Zweifel zulässig, als von seiten der Grundeigentümer gegen die viel zu hohe Bewertung zur Grundsteuer Sturm gelaufen wird; denn es würde jeder Logik Hohn sprechen, wenn ein und derselbe Betrag auf dem Steueramt für zu hoch, auf der benachbarten Enteignungsbehörde dagegen für zu niedrig erklärt würde. Es ist ein schwacher Trost, daß die Dinge im Ausland vielfach nicht besser sind.

Nun ist Irren auch auf dem sonst so beliebten Steueramt menschlich, und so mag im Falle der Enteignung noch ein kleiner Zuschlag zum Enteignungswert bewilligt werden, obgleich im allgemeinen bei Teilenteignungen etwa für Straßenbauten das Restgrundstück eben durch die Straße selbst schon derartig im Werte gehoben wird, daß eine Erhöhung des Wertes kaum gerechtfertigt ist. Am Teltowkanal bei Berlin z. B., der etwa 40 Millionen Mark kostete, betrug der Geländestreifen von je 500 Metern an beiden Ufern vor Bekanntgabe der Linienführung des Kanals etwa 100, nach Vollendung aber etwa 500 Millionen Mark! Mögen nun trotzdem auch Fälle denkbar sein, bei denen die Enteignung zu einer Wertminderung führen und damit eine höhere Entschädigung rechtfertigen kann, so vermögen derartige Ausnahmen das Prinzip „Steuerwert gleich Enteignungswert" doch in keiner Weise zu erschüttern. Man kann gewiß über manche Forderungen der Bodenreformer verschiedener Ansicht sein, aber man wird zugeben müssen, daß dieser Grundsatz, den Dr. Damaschke seit Jahren vertritt, einfach vernünftig, gerecht und — wie es daher nicht anders sein kann — von segensreichen Folgen für unser Bau- und Siedlungswesen und damit für unser ganzes Volk ist.

Es kann wohl nicht das letzte Ziel, sondern nur eine vorübergehende, wenn auch unabweisbar notwendige Aufgabe einer Regierung sein, Arbeit um jeden Preis zu schaffen, denn unter dem herrschenden Bodenrecht ermöglicht Arbeit noch lange keinen Eigentumerwerb. Hinter der Arbeitsbeschaffung steht ein höheres Ziel, das höchste soziale Ziel vielleicht, das bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Gliederung überhaupt errichtet werden kann: die Eigentumsbeschaffung um jeden Preis! Ist es doch das einzige Mittel zur dauernden, zur organischen Ueberwindung des Kommunismus. Es gibt aber keinen anderen Weg zur Erschließung von Eigentum als den Grundsatz: „Steuerwert gleich Enteignungswert!

Vertagung der Genfer Konferenz

Die Antwort an Deutschland

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat dem Reichsaußenminister, Freiherr von Neurath, folgendes vom Präsidium genehmigtes Antworttelegramm zugehen lassen:

„Ich habe dem Hauptausschuß das Telegramm Eurer Exzellenz vom 14. Oktober mitgeteilt, das den Beschluß der deutschen Regierung ankündigt, jegliche Beteiligung an den Arbeiten der Konferenz für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen einzustellen, und die Gründe für diese Entscheidung angibt.

Die deutsche Regierung hat diese Maßnahme gerade in dem Augenblick getroffen, in dem das Büro soeben beschlossen hatte, den Hauptausschuß mit einem genau umrissenen Programm zu befassen. Dieses Programm, das innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durchgeführt werden sollte, sicherte entsprechend den von der Konferenz unter Beteiligung Deutschlands angenommenen Entschließungen stufenweise die Verwirklichung der Herabsetzung der Rüstungen, in einer Weise, die sich mit derjenigen des Konventionsentwurfes vergleichen läßt, mit dem der Hauptausschuß befaßt ist.

Dieses Programm stellte auch mit entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen die Verwirklichung der Rechtsgleichheit sicher, die die deutsche Regierung stets an die Spitze ihrer Forderungen gestellt hat. Unter diesen Umständen bedauere ich, daß Ihre Regierung diese schwerwiegende Entscheidung aus Gründen getroffen hat, die ich nicht als stichhaltig ansehen kann."

Der Hauptausschuß, an dessen Sitzung die deutschen Vertreter bereits nicht mehr teilnahmen, billigte gleichfalls das Antworttelegramm Hendersons. Henderson begründete den Inhalt der Antwort damit, daß in dem Telegramm des Reichsaußenministers drei Werturteile enthalten seien — Unmöglichkeit der Erreichung des einzigen Konferenzzieles, Schuld der hochgerüsteten Staaten und Vereitelung der Gleichberechtigung — die der Ausschuß nicht ohne Widerspruch hinnehmen könne."

Die Vertreter Rußlands, der Türkei und Polens erklärten, sie betrachteten das Antworttelegramm als persönliches Telegramm Hendersons.

Vertagung auf den 26. Oktober

Weiter billigte der Hauptausschuß die Vertagung auf den 26. Oktober.

In Begründung der Erklärung „Vertagung" erklärte Henderson noch, es sei seine feste Ueberzeugung, daß die Konferenz ihr Werk mit allem Ernst fortsetzen und eine Konvention ausarbeiten müsse. Angesichts der neuen Lage sei es notwendig, eine Entscheidung über den weiteren Gang der Konferenzarbeiten zu treffen.

Diese Entscheidung erfordere schwerwiegende politische Erwägungen, sodaß man den Delegierten durch eine Vertagung des Hauptausschusses Zeit lassen müsse, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen.

Henderson schloß dann die Sitzung mit der Erklärung: „Ich hoffe, daß Sie alle mit Instruktionen von Ihren Regierungen zum Abschluß einer Konvention wiederkommen."

Vorbehalte zur Antwort Hendersons.

Im Anschluß an die von Henderson vorgetragene Resolution in der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz erklärten die Vertreter Polens, der Türkei und Rußlands, sie hätten den Resolutionstext eben erst erhalten und seien zu den vorhergegangenen Verhandlungen nicht hinzugezogen worden.

Unter diesen Umständen seien sie nicht ohne weiteres in der Lage, der Resolution zuzustimmen, und behielten sich ihre Stellungnahme vor. Der Vertreter von Ungarn erklärte, daß sein Land sich wegen seines entwaffneten Zustandes ebenfalls in besonderer Lage sähe.

Die Erklärungen der vier genannten Vertreter wurden von der Generalkommission als Stimmenthaltung auf-

Ein Ruhmesblatt deutscher Geschichte.

Zur 120. Wiederkehr der Völkerschlacht bei Leipzig.

(16. —19. Oktober 1813).

Wenn unser deutsches Volk sich in diesen Tagen der nationalen Erhebung wieder sehr stark der ruhmreichen Vergangenheit seiner Vorfahren erinnert, so soll auch jenes große Ereignis nicht vergessen werden, das sich in diesen Tagen zum 120. Male jährt und für immer ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte bleiben wird: die Völkerschlacht bei Leipzig. Noch bis vor etwa 20 Jahren galt dieses große Schlachtenringen als das größte aller Zeiten, das selbst ein Sedan, geschweige denn ein Gravelotte oder Königgrätz bei weitem übertraf. Das ist anders geworden, seit jenes neue Völkerringen, der Weltkrieg, über den Erdball brandete. Schlachten, wie sie hier geschlagen wurden, haben bisher in keiner Geschichte ihresgleichen gefunden. Nie zuvor ist auf der Erde soviel an Gut und Blut geopfert worden, als in diesem geradezu gigantischen Ringen. Und doch dürfte das, was vor 120 Jahren auf dem Blachfelde von Leipzig geschah, dem wenig nachstehen. Schon rein äußerlich betrachtet galt diese Schlacht an den damaligen Verhältnissen gemessen, als etwas ganz Ungeheuerliches. 3 Kaiser, 2 Könige feuerten eine Schar von 500 000 Kriegern zum gigantischen Kampfe an, 1700 Kanonen ließen tagelang ihre feurigen Schlünde bellen. Will schon dieses für damalige Verhältnisse etwas heißen, so liegt die eigentliche Größe dieser Schlacht doch darin, daß ein ganzes Volk geschlossen wie ein Mann aufstand und die Sklavenketten zerbrach und um das edelste Mannesgut, die Freiheit, kämpfte. Wir wissen, was es heißt, geknebelt und geknechtet zu sein. Um so besser verstehen wir darum auch jenen Kampf, und um so größere Bedeutung gewinnt er für uns.

Jäh war der große Napoleon von seiner stolzen Höhe heruntergestürzt worden, als der russische Winter sein gewaltiges Heer binnen einer kurzen Zeit völlig vernichtete. Wie eine Erlösungsbotschaft ging die Kunde davon durch die deutschen Lande. Allenthalben reckten die Genechteten die Fäuste zum Kampf, die Finger zum Schwur: Tod dem Tyrannen! Doch man hatte sich verrechnet. Noch einmal leuchtete Napoleons Glücksstern auf, das Unmögliche schien ihm zu gelingen. Entsetzt horchte Europa auf, als der Korse binnen einer ganz kurzen Zeit eine neue kampffertige Armee aus dem Boden Frankreichs und seiner Verbündeten stampfte. Schon hörte man wieder das brausende „Vive l'empereu" von Napoleons großen Heerscharen, der seinen Feinden bereits wieder mit erschreckender Schnelligkeit und Siegeszuversicht entgegeneilte. Es schien, als ob Deutschland Gefilde nun völlig zu einer blutigen Walstatt werden sollten.

Doch auch in Germaniens Landen und darüber hinaus hatte die Not und die Knechtschaft Wunder gewirkt. Geschlossen wie ein Mann stand das Volk da, nur von dem einen Wunsche beseelt: nieder mit der Unterdrückung, Tod und Vernichtung dem grausamen Napoleon Bonaparte. Preußen, Russen, Oesterreicher und Schweden reichten sich die Hände und schlossen den Völkerbund, der es sich zur Aufgabe machte, nicht eher das Schwert in die Scheide zu stecken, als bis Europa wieder Frieden und Ruhe verbürgt sei. Drei starke Heere wurden in einem großen Halbkreise aufgestellt, darunter das preußische unter der Führung des alten Blüchers. Der Schlachtenplan war so, daß diese drei Heere gleichzeitig von Süden, Osten und Norden den Gegner angreifen sollten, um ihn so in einer Zange zu zerdrücken. Genau nach diesem Plan ist dann später verfahren worden.

Kleine Plänkeleien, von den Verbündeten absichtlich herbeigeführt, um Napoleon über ihre wahren Absichten hinwegzutäuschen, leiteten die Völkerschlacht ein. Schon diese machten den Korsen nicht wenig bedenklich. Er kannte die „verfluchten Preußen" nicht wieder, die unter dem alten Blücher an der Katzbach fochten, woselbst er den „infamigten Hundsföttern" gewaltige Tatzenhiebe versetzte. Es war in den ersten Oktobertagen des Jahres 1813, als sich die drei verbündeten Heere auf grundlos aufgeweichten Wegen gegen Sachsens Mitte vorschoben, um dort die Entscheidungsschlacht zu schlagen. Napoleon, der bisher immer über die Stellung seiner Gegner unterrichtet war, wähnte in dieser Stunde seine Feinde weit. In Düben vor Leipzig hielt er große Truppenparaden ab, als ihm die Nachricht von der Nähe der ersten Verbündetenarmee überbracht wurde. Sofort befahl er, den Feind anzugreifen und zu vernichten. Doch schon ereilte ihn die Nachricht von dem Eintreffen zweier weiterer Armeen zu seiner Rechten und Linken. Mit einem Fluch vernahm der Korse, daß er in eine Falle gegangen war.

Am 14. Oktober fielen die ersten Schüsse. Vorsichtig maßen die Gegner einander ihre Stärke, doch zu ernsteren Ausfällen kam es vorerst nicht. Noch stiller verlief der 15., der Tag vor dem Schlachtengewitter. Napoleon hielt noch einmal eine große Heerschau und eine seiner großen Zauberreden. „Ihr werdet schwören, eure Adler nur sterbend zu verlassen", so rief er, Brausend toste ihm der Schwur entgegen: „Wir schwören! Vive l' empereur! — Es lebe der Kaiser!" Das war der Götze, für den sie in den Tod gingen. Wie anders die Preußen, die es sich zur Losung gemacht hatten: „Mit Gott für König und Vaterland!"

Schluß folgt.

Hinweis.

Schönere Wäsche durch besseres Spülen. Dem heißen Spülwasser etwas Sil, kalt aufgelöst, beigegeben — und der schöne, reine, klare Ton der Wäsche wird Sie entzücken. Wer einmal mit Sil spült, nimmt nichts anderes mehr.

gefaßt. Präsident Henderson antwortete auf die Erklärungen ziemlich erregt. Es wurde beschlossen, die Note abzusenden, und festgestellt, daß sie mit den genannten Vorbehalten angenommen worden sei.

Der Gesamteindruck ist der einer allgemeinen Unsicherheit und des Gefühls, daß die Aktion durch die abgegebenen Erklärungen an Schlagkraft eingebüßt hat.

Echo des deutschen Schrittes

Die französische Presse, die eingehend die deutsche Entscheidung sowie die Rede des Reichskanzlers behandelt, kann nicht umhin, den versöhnlichen Ton der Kanzlerrede anzuerkennen. Auch Frankreich sei der Ansicht, so meint „Matin", daß nur ein Narr an die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich denken könne, „Echo de Paris" will seinen Lesern weismachen, daß „die deutschen Angelegenheiten in Genf gut standen", und versucht dementsprechend, die deutsche Entscheidung als „überflüssig" hinzustellen.

Von den Aeußerungen der französischen Presse verdient vor allem eine Auslassung der „Volonté" Beachtung. Darin heißt es u. a.

„Deutschland lädt Frankreich zu direkten Verhandlungen ein. Ob man will oder nicht, diese Einladung des Reichskanzlers beherrscht alle diplomatischen Verwicklungen der Stunde. Man muß dazu Stellung nehmen und zwar mit einem Ja. Dieses Ja ist zu geben, weil wir Deutschland innerhalb der europäischen Gemeinschaft erhalten wollen. Wir müssen ja sagen, weil wir uns jedem verdächtigen Kuhhandel und allen perfiden Kniffen entziehen wollen. Wir müssen ja sagen, weil wir trotz allem Anschein die Stunde für günstig halten. Lesen wir die Rede des Reichskanzlers durch! Sie enthält über die Not des deutschen Volkes, wie über die Bemühungen der nationalsozialistischen Regierung Stellen von herzbewegender Aufrichtigkeit. Gegenüber unserem Land hat der Führer das getan, was der fromme Brüning, der unseren Sozialisten so nahestand, niemals gewagt hätte. Gewiß, die Wachsamkeit muß unsere Maxime bleiben. Aber wir dürfen nicht das Mißtrauen zur Regel machen."

Die englische Presse bespricht die Lage mit betonter Kaltblütigkeit und zeigt das Bestreben nach objektiver Betrachtungsweise und nach Würdigung der deutschen Beweggründe. Vielfach wird auf die Möglichkeit hingewiesen, unter Benutzung des Viermächtepaktes auf die Beseitigung der Schwierigkeiten hinzuarbeiten.

In einer Rede in Boise forderte der amerikanische Senator Borah die „Sieger"staaten auf, ihre im Versailler Diktat gegebenen Abrüstungsversprechungen zu erfüllen.

Regierungsbeamte in Washington drückten ihre Zustimmung zu einer zeitweisen Aussetzung der Abrüstungsbesprechungen aus, widersetzen sich aber einer endgültigen Vertagung entschieden.

Von den englischen Blättern schreibt „Morning Post":

Deutschland hatte das Gefühl, in der Frage der Gleichberechtigung von Europa zum Narren gehalten zu werden. Da ein Zugeständnis, das acht Jahre aufgeschoben werden soll, wenig oder gar keinen Wert besitzt. Unter Hinweis auf die Erklärung des Reichskanzlers, daß die deutsche Regierung bereit ist, über die Regelung aller Meinungsverschiedenheiten mit den anderen Nationen zu verhandeln, sagt das Blatt: Wenn die maßgebenden französischen Stellen ebenso klaren Kopf behalten wie früher, dann werden sie es vielleicht als eine Erleichterung empfinden, von den Umständlichkeiten der Abrüstungskonferenz befreit und in der Lage zu sein, über realere Dinge zu verhandeln. Wir hoffen daher, daß Herrn Hitlers Einladung angenommen werden wird. Mussolinis Viermächtepakt könnte als eine Grundlage dienen.

„Daily Mail" muß anerkennen, daß der Versailler Vertrag wichtige Bedingungen festgesetzt hat, die von den Gegnern Deutschlands zu erfüllen gewesen sind. Diese Bedingungen, so bemerkt das Blatt weiter, seien nach deutscher Auffassung nicht erfüllt worden.

Neurath an die Auslandspresse

Die Gründe für Deutschlands Entscheidungen.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath erörterte vor den Vertreter der Auslandspresse die Gründe, die die Reichsregierung zum Verlassen der Abrüstungskonferenz und zum Austritt aus dem Völkerbund veranlaßt haben. Der Minister führte u. a. aus:

Am letzten Sonnabend ist in Genf klar zutage getreten, daß man dem deutschen Volk in einer seiner höchsten Existenzfragen, in der Frage seiner nationalen Sicherheit, die Gleichberechtigung versagt. Damit haben die Mächte das Fundament zerstört, auf dem allein sich ein ehrliches und fruchtbares Zusammenwirken der Völker denken läßt. Mit dem offenbaren Willen zur grundsätzlichen Diskriminierung Deutschlands haben sie den Grundgedanken des Völkerbundes verletzt, haben sie selbst bekundet, daß sie auf eine aufrichtige und reale Zusammenarbeit mit Deutschland keinen Wert legen. Das deutsche Volk würde sich selbst diffamieren und würde nicht ehrlich handeln, wenn es trotz dieser Sachlage seinerseits noch den Schein einer solchen Zusammenarbeit aufrechterhalten wollte.

Deutschland hat die Forderung der Gleichberechtigung seit dem Tage erhoben, an dem sein Eintritt in den Völkerbund zur Diskussion gestellt wurde. In der ersten amtlichen Kundgebung des Völkerbundsrates an die deutsche Regierung vom Dezember 1924 stehen die folgenden Worte, die ohne jeden Kommentar für sich selbst sprechen:

„Der Rat nimmt Kenntnis davon, daß die deutsche Regierung in Ansehung der Voraussetzungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Absicht verzichtet, für Deutschland besondere Vergünstigungen zu verlangen, daß sie aber erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollzieht. Der Rat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen, d. h. die Ratsmächte, über diese Voraussetzung völlig einig sind."

Diese Feststellung allein konnte die Grundlage für die Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage sein. Auch in dem Schlußprotokoll der Konferenz von Locarno, die ja den Weg für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund endgültig freimachen sollte, wurde die Lösung des Abrüstungsproblems als wichtigste Aufgabe des Völkerbundes gekennzeichnet.

Gleichberechtigung war zugesagt

Die einstimmige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund konnte angesichts der vorausgegangenen amtlichen Verlautbarung des Rates über die deutsche Gleichberechtigung politisch nicht anders gewertet werden als die feierliche Zusage aller im Völkerbund vertretenen Regierungen zu der Auffassung, daß sie von jetzt an in der Abrüstungsfrage auf der Grundlage der deutschen Gleichberechtigung aufbauen würden.

Der Minister wies dann auf die in den folgenden Jahren von deutschen Vertretern in Genf gehaltenen Reden hin, in denen Deutschland stets auf die Einlösung jener Zusage gedrungen hat, und auf die deutschen Warnungen, daß das Schicksal des Völkerbundes besiegelt sei, wenn er an der Aufgabe der Durchführung der allgemeinen Abrüstung und damit der Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands scheitern würde. Niemand konnte an dem Ernst Deutschlands mehr zweifeln, als es sich im Sommer vorigen Jahres wegen der damals schon offenbar werdenden Verweigerung der Gleichberechtigung von der Abrüstungskonferenz zurückzog.

Freiherr von Neurath ging dann ein auf die Bemühungen um das Zustandekommen der Fünf-Mächte-Erklärung mit der ausdrücklichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Er wies hin auf den Macdonald-Plan, der wenigstens einen brauchbaren Rahmen für die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und damit für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung darstellte. Als man so aber endlich an den entscheidenden Punkt der Verhandlungen kam und die hochgerüsteten Staaten über ihren Abrüstungswillen Farbe bekennen sollten, so fuhr Freiherr von Neurath fort, setzte bezeichnenderweise diejenige Wendung ein, die in die Erklärung des Herrn englischen Außenministers vom Sonnabend ausmündete.

Die Grundlage wurde beseitigt

Die Grundlage für diese Wendung ist in den Pariser Verhandlungen zwischen der französischen, englischen und amerikanischen Regierung geschaffen worden. Als wir nach diesen Verhandlungen wieder an den diplomatischen Besprechungen beteiligt wurden, mußten wir mit Enttäuschung und Befremden feststellen, daß die bisherige Grundlage der Konferenzverhandlungen gar nicht mehr bestand. Es stellte sich heraus, daß der englische Plan von seinen Urhebern selbst nicht mehr anerkannt wurde, und daß man ihn grundlegend ändern wollte. Gegenüber diesem Entschluß, die mit so viel Mühe aufgebaute Grundlage für ein befriedigendes Abrüstungsabkommen einseitig zum Nachteil Deutschlands wieder zu beseitigen und sich damit über die Dezember-Vereinbarung hinwegzusetzen, gab es für uns nur noch eine Antwort, den Austritt aus der Konferenz.

In keiner Weise überrascht

Die Staatsmänner und Diplomaten aber, die an den Verhandlungen beteiligt waren, sind durch unseren Schritt in keiner Weise überrascht worden. Wir haben während der letzten Genfer Besprechungen mit aller Deutlichkeit auf die Konsequenzen hingewiesen, die wir ziehen müßten, wenn man uns in der jetzt geplanten Weise die Gleichberechtigung versagen würde. Mit Befriedigung stelle ich fest, daß es während dieser letzten Verhandlungen von seiten der Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens nicht an ernsten Bemühungen gefehlt hat, zu vermitteln. Alle diese Bemühungen scheiterten aber an dem Bestreben anderer Mächte, eine Einheitsfront gegen Deutschland zustandezubringen. Ebenso wie der Gleichberechtigungsanspruch früher zum Vorwand genommen wurde, um uns als Störenfried der Abrüstungsverhandlungen zu diskreditieren, wird dies auch jetzt wieder versucht. Demgegenüber muß ich mit aller Entschiedenheit auf den Zweck der Abrüstungskonferenz und den Sinn der Abrüstung überhaupt hinweisen. Das Ziel ist erstens eine möglichst weitgehende Herabsetzung des Rüstungsniveaus der Welt und eine klare vertragliche Festlegung dieses Niveaus; das Ziel ist zweitens der Rüstungsausgleich zwischen den bereits abgerüsteten und den hochgerüsteten Staaten.

Der deutsche Standpunkt

Der Außenminister zitierte ferner die Instruktion an die deutsche Botschaft in London, die den deutschen Standpunkt noch einmal endgültig feststellt und erklärte u. a.:

Wir hielten an dem englischen Plan und an einer Konventionsdauer von 5 Jahren fest, lehnten den Gedanken einer Bewährungsfrist ab und bestünden darauf, daß die Verwirklichung unserer Gleichberechtigung nicht erst nach Jahren sondern alsbald beginnen müsse. Wir seien bereit, die Umwandlung der Reichswehr in ein kurzdienendes Heer sofort in Angriff zu nehmen.

Welche Bewaffnung dieses Heer haben müsse, würde jedoch erst klargestellt werden können, wenn bekannt sei, welche konkreten Abrüstungsmaßnahmen hinsichtlich des Kriegsmaterials von den hochgerüsteten Staaten übernommen werden würden.

Wir lehnten unsererseits kein Waffenverbot als zu einschneidend ab, wenn es auf alle Staaten in gleicher Weise Anwendung fände. Wir seien sogar bereit, auf die Zuteilung aller Waffen Verzicht zu leisten, zu deren Vernichtung innerhalb einer bestimmten Frist die hochgerüsteten Staaten sich verpflichteten und deren weitere Verwendung international verboten werde. Wir legten hiernach Wert darauf, baldigst zu erfahren, welche Waffenarten nach der Auffassung der maßgebenden Länder verboten und vernichtet werden sollen. Aus dem Prinzip der Gleichberechtigung folge, daß die Waffen, die allen Ländern erlaubt blieben, aber für sie zahlenmäßig limitiert würden, auch für Deutschland schon von Beginn der Konvention an zugelassen werden müßten, wobei wir indes durchaus bereit seien, über die Mengen dieser Waffen mit uns reden zu lassen. Hinsichtlich derjenigen Waffen, die in der Konvention weder verboten noch zahlenmäßig beschränkt würden, dürfe es natürlich auch für Deutschland keine zahlenmäßige Beschränkung geben.

Wir seien unsererseits aber damit einverstanden, daß auch solche Waffenarten zahlenmäßig limitiert würden, für die dies der englische Plan noch nicht vorsehe, sofern dies nur für alle Staaten in gleicher Weise gelte. Von Neurath zeigte dann, wie man gegen Deutschland mit Verdächtigungen arbeitet an dem Beispiel der mißverständlichen Weitergabe der deutschen Instruktion nach Washington, so daß dort der Eindruck erweckt wurde, als ob Deutschland neue, die Konferenz gefährdende Forderungen erhoben habe, was zu einem offiziösen Schritt der Vereinigten Staaten führte.

Kontrolle nur gegen Deutschland!

Der englische Außenminister hat in seiner Erklärung vom Sonnabend unter Zustimmung Frankreichs und der Vereinigten Staaten an die Stelle des Macdonald-Planes einen neuen Plan gesetzt. Die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten soll danach um vier Jahre hinausgeschoben, soll aber auch für die spätere Periode jetzt keineswegs bindend vereinbart werden, da sie von dem Erfolg des Kontrollsystems abhängig gemacht wird. Praktisch beschränkt sich die Kontrolle aber auf Deutschland, weil dieses allein in den nächsten Jahren einschneidenden Rüstungsbeschränkungen unterworfen wäre. Die anderen Mächte hätten es also jederzeit in der Hand, sich auf das Nichtfunktionieren der Kontrolle oder angebliche deutsche Vertragsverletzungen zu berufen, um ihrer materiellen Abrüstungsverpflichtung auszuweichen.

Es kommt hinzu, daß für die Zeit nach vier Jahren auch das Maß der dann eventuell beabsichtigten materiellen Abrüstung trotz unserer fortgesetzten Klärungsversuche völlig im Dunkeln gelassen worden ist. Die Ersetzung der vorzüglich ausgebildeten hunderttausend Mann der Reichswehr durch die doppelte Zahl kurzdienender Mannschaften ist offensichtlich noch eine weitere Schwächung unserer jetzigen minimalen Wehrkraft zumal da selbst die uns jetzt gestatteten Versailler Waffen nur für die jeweils im Dienst stehenden zweihunderttausend Mann, nicht aber für die zur Entlassung kommenden Mannschaften bewilligt werden sollen.

Deutschland hätte also zweihunderttausend Gewehre in den Händen kurz ausgebildeter Leute gegenüber etwa acht Millionen Gewehren der Franzosen.

Es ist geradezu ein Hohn, wenn diese zweite Entwaffnung Deutschlands mit dem Schlagwort der Nichtaufrüstung begründet wird.

Ernste Abrüstungsvorschläge werden geprüft

Mit Entschiedenheit wies der Reichsaußenminister am Schluß seiner Rede alle Versuche, den mangelnden eigenen Abrüstungswillen mit Vorwürfen gegen Deutschland zu verschleiern, zurück, hob noch einmal die Bemühungen Deutschlands, an der wirklichen Abrüstung mitzuwirken, hervor und betonte, daß Deutschland erst nach der enttäuschenden Erklärung Sir John Simons seinen nun nicht mehr aufschiebbaren Entschluß zum Ausdruck gebracht habe. Der Reichsaußenminister erklärte, die Konferenz möge zeigen, ob sie etwas leisten könne. Deutschland wird, so schloß Freiherr von Neurath, selbstverständlich ernste Abrüstungsvorschläge jederzeit prüfen und auch weiterhin bereit bleiben, sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung über sein künftiges Rüstungsregime zu verständigen.

Amerika macht nicht mit.

Roosevelt gegen eine Unterstützung Englands und Frankreichs in Genf.

Washington, 16. Oktober. Von höchster Regierungsseite in Washinton verlautet, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten in Genf an den halboffiziellen Besprechungen in Genf bis zum Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen werden. Roosevelt vertritt amtlich die Auffassung, daß die nächsten Besprechung nichts mit der Abrüstung zu tun haben, sondern rein politischer Natur sind. Er beabsichtigt, die Vereinigten Staaten mit allen Mitteln aus den europäischen politischen Quertreibereien herauszuhalten. Er hat daher die amerikanische Abordnung in Genf auf das strengste angewiesen, nur an ausgesprochenen Abrüstungsfragen mitzuarbeiten.

Washingtoner Kreise erblicken in Roosevelt Haltung eine Nichtbilligung für die Haltung des Staatssekretärs Hull und des amerikanischen Vertreters in Genf, Norman Davis, deren Politik in Genf auf eine bedingungslose Unterstützung von England und Frankreich hinausgelaufen sei.

Volksentscheid und Reichstagswahl

Eine Partei.

Durch die Presse sind über das Verfahren zum Volksentscheid und zur Reichstagswahl Meldungen gegangen, die nicht ganz richtig sind. Es war erklärt worden, daß bei beiden Abstimmungen mit ja oder nein abgestimmt werden sollte. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Methode bei der Reichstagswahl die gleiche bleibt wie bisher. Bekanntlich ist durch Erlaß des Reichsministeriums des Innern die Neubildung von Parteien verboten und unter Strafe gestellt. Daraus läßt sich ohne weiteres erkennen, daß auf dem Stimmzettel für die Reichstagswahl nur eine Partei stehen wird: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei. Der Stimmzettel ist wie der Stimmzettel der früheren Wahlen hergestellt. Hinter der Parteibezeichnung befindet sich ein Kreis, der durch Ankreuzen — wie bisher — Kenntnis davon gibt, daß die Partei gewählt ist. Wird der Stimmzettel mit nicht angekreuztem Kreis abgeliefert, so ist er ungültig.

Diplomatisches Revirement

Neue deutsche Botschafter und Gesandte ernannt.

Der Reichspräsident hat ernannt: den Gesandten in Stockholm, von Rosenberg, zum Botschafter in Ankara, den Botschaftsrat bei der Botschaft in Madrid, von Mackensen, zum Gesandten in Budapest, den Generalkonsul in Danzig, Freiherrn von Thermann, zum Gesandten in Buenos Aires, den Gesandtschaftsrat i. e. R. Wirklichen Legationsrat Prinzen zu Wied zum Gesandten in Stockholm, den Botschaftsrat i. e. R. von Radowitz zum Generalkonsul in Danzig.

Winterhilfe ist kein Almosen

In einer Pressebesprechung über die technische Durchführung des Winterhilfswerkes wurde von einem Vertreter der Reichsführung des Winterhilfswerks betont, daß bei den Spendenempfängern der Eindruck vermieden werden müsse, als ob die Erwerbslosen und die sonstigen in Betracht kommenden Kreise ein Almosen erhielten.

Es handele sich vielmehr um eine gerecht verteilte Gabe, deren Verteilung Freude und sittliche Verpflichtung für den Gebenden bedeutet. Gerade auch der verschämte Arme müßte erfaßt werden.

Das Handwerk steht auf

Die große Werbewoche des deutschen Handwerks ist in allen Teilen des Reiches mit großen Kundgebungen eingeleitet worden. Für die offizielle Eröffnung der Reichshandwerkswoche hatte der Führer des deutschen Handwerks, Dr. von Renteln, die alte Freie Reichsstadt Hildesheim ausersehen, weil er in ihr die Verkörperung einer alten Freien Stadt sieht, die mehr als jede andere aufgebaut ist auf dem Fleiß und dem Können des einzelnen Handwerksmeisters.

Die Straßen Hildesheims boten einen festlichen Eindruck, als nach der Begrüßung im Alten Rathaus die Innungen und das Handwerk mit ihren Fahnen und gekleidet in die alten Gewänder durch die Straßen marschierten, um dadurch in der Oeffentlichkeit zu zeigen, daß auch das Handwerk von heute sich bewußt ist, daß seine Kraft nur aufbauen kann auf den Leistungen der Vergangenheit, und jegliches Tun und Schaffen im Zusammenhang stehen muß mit den großen Aufgaben, die unserem Volke nicht für eine Generation sondern für Jahrhunderte gestellt worden sind.

Im Mittelpunkt der Eröffnungsfeierlichkeiten in Hildesheim stand eine programmatische Rede des Führers des deutschen Handwerks, Dr. von Renteln. Wenn, so führte er aus, die Reichshandwerkswoche eröffnet werde, so müßten wir uns vergegenwärtigen, daß überall im ganzen Reich viele Tausende von Volksgenossen die Kraft und den Glauben an die Zukunft des deutschen Handwerks dokumentierten. Zu dieser Stunde stehe in ganz Deutschland das deutsche Handwerk auf, um kundzutun, daß es sich in dem Willen, sich und dem gesamten Volke eine bessere Zukunft zu schaffen, auch mit dem Volk auf das engste verbunden fühle. Gerade in diesen Tagen werde durch die Außenpolitik dem deutschen Volk wiederum mit ganzer Klarheit die Schicksalsverbundenheit vor Augen geführt, und es werde wieder einmal klar unter Beweis gestellt, daß für das deutsche Volk alles verloren sei, wenn es nicht den Glauben an die eigene Kraft und den Willen zu einmütigem Zusammenstehen habe. Niemals sei Deutschland von außen besiegt worden, sondern die Schwächung des deutschen Volkes sei immer nur durch die Uneinigkeit und Zerrissenheit seiner selbst entstanden. Dies müßten wir uns vor Augen halten, wenn wir daran gingen, Staat und Wirtschaft neu aufzubauen. Die Kraft zum vollendeten Schaffen sei dem deutschen Menschen gegeben. Es sei unsere Aufgabe, all die hindernden Momente, vor allem die Uneinigkeit im Volke, zu beseitigen, und die Fähigkeiten dieses Volkes voll zur Geltung zu bringen. Der Führer des deutschen Volkes habe damals, als er den Kampf um die Nation begonnen habe, gesagt: Ehe sterbe ich, als daß ich zugebe, daß das deutsche Volk an dem Erbübel der Uneinigkeit zugrunde geht.

Man könnte auf verschiedenen Gebieten verschiedene Ziele haben, und man könnte in verschiedenen Berufen verschiedene Notwendigkeiten sehen. Man könnte auch für vielerlei Dinge die verschiedensten Maßnahmen treffen. Aber man könne nicht für das Schicksal des deutschen Volkes verschiedene Zwecke und Ziele aufstellen. Nur dann, wenn alle Stände kraftvoll und lebensfähig erhalten würden, sei es möglich, die Lebenskraft des ganzen deutschen Volkes zu mobilisieren. Dem Handwerkerstand werde nicht so sehr geholfen, weil er eine Bevorzugung verdiene, sondern weil es notwendig sei, die Leistungen und die Gestalten dieses Standes dem gesamten deutschen Volke zu erhalten und nutzbar zu machen. Es stünde in alten Chroniken der Satz, wenn einer ein Handwerk ergreifen wolle, so müsse er den Nachweis erbringen, daß er ehrlicher Herkunft und daß er deutscher Art sei. Auf diesem Motto gründe sich das deutsche Handwerk. Wir müßten alle wieder dazu kommen, daß der Handwerker, daß jeder deutsche Arbeiter seine Aufgabe darin sehe, seine Seele in das Werk hineinzulegen, und daß er das Werk nicht als ein Mittel betrachtet, um Profit zu erlangen. Wenn wir uns die Frage vorlegten, wodurch das deutsche Handwerk so in Not geraten sei, so laute die Antwort darauf: Wie in der gesamten Wirtschaft, so sei auch in den letzten Jahren im Handwerk der Ungeist und die Meinung entstanden, daß jeder in der Wirtschaft frei schalten könne, so wie es ihm beliebe. Dieses Prinzip sei bereits aufgestellt worden in der Gewerbeordnung von 1897. Zudem habe der wirtschaftlich Stärkere seine Hauptaufgabe darin gesehen, Gewinn aus seinem Werk herauszuschlagen. Wir müßten es aber dazu bringen daß der Stärkere seinen besonderen Ehrgeiz dareinlege, diese seine Stärke dazu zu verwenden, noch bessere Arbeit zu leisten als derjenige, dem diese wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht gegeben seien.

Dr. von Renteln kündigte sodann an, daß in diesen Tagen in den Ministerien Gesetzentwürfe für die ständische Ordnung des Handwerks vorbereitet würden. Er hoffe, daß das deutsche Handwerk der erste gewerbliche Stand sei, für den dieser ständische Aufbau durchgeführt werden könne. Der Hauptwert des selbständigen Mannes und Gewerbetreibenden liege in der Privatinitiative, in der freien Entschlußkraft und in dem Opfergeist eines jeden einzelnen. Es sei deshalb ein Wahnsinn, behaupten zu wollen, daß die Großbetriebe mit Zehntausenden von Angestellten eine ideale Betriebsart darstellten. Dort in diesen Betrieben würde der wahre Arbeitsgeist ausgewuchert von der bürokratischen Einstellung der in diesen Betrieben arbeitenden Menschen. Wenn auf einen Handwerksbetrieb von vier Personen ein Meister komme, der seine Privatinitiative entfalten könne, so hätten wir in Großbetrieben zehntausend auf einen Mann, der allein seine Privatinitiative entfalten könnte. Die Betriebsform des kleinen und des mittleren Betriebes sei diejenige, auf der der Neubau der Wirtschaft errichtet werden müsse. Der Handwerkerstand sei heutzutage wohl der einzige, in dem jedem einzelnen die Aufstiegsmöglichkeit vom Lehrling zum Gesellen und zum Meister gegeben sei. Diese Aufstiegsmöglichkeit sei vorbildlich und müsse auch in der übrigen Wirtschaft durchgeführt werden. Erst dann könne man die Wirtschaftsordnung als eine sozialistische bezeichnen.

Zum Schluß wies Dr. von Renteln auf die Lieferungsgenossenschaften und die Kredite der Reichskasse hin, die es dem Handwerker ermöglichen sollen, bei den großen Aufträgen der Kommunen und Reichsbehörden Berücksichtigung zu finden.

Bar-Spenden für das

Winterhilfswerk

Bethel-Gadderbaum

können eingezahlt werden auf

Konto Winterhilfswerk Nr. 12599

bei der Anstaltssparkasse.

Fortführung der Kleinsiedlung

50 000 Kleinsiedlerstellen im Jahre 1933.

Auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni hat die Reichsregierung zur Fortführung des IV. Bauabschnittes der vorstädtischen Kleinsiedlung einen weiteren Betrag von 20 Millionen Reichsmark bereitgestellt.

Damit stehen dem Reichsarbeitsministerium nunmehr für den IV. Bauabschnitt insgesamt 70 Millionen Reichsmark zur Verfügung, mit denen rund 30 000 neue Kleinsiedlerstellen errichtet werden können. Unter Hinzurechnung der rund 20 000 Kleinsiedlerstellen, die auf den im Februar eingeleiteten III. Bauabschnitt entfallen, werden also allein in diesem Jahr rund 50 000 Kleinsiedlerstellen gefördert.

Opfer der Grenze.

Zwei Vettern des brasilianischen Präsidenten vom argentinischen Grenzschutz erschossen.

— **Rio de Janeiro, 16. Oktober.** Vom argentinischen Grenzschutz auf dem Uruguay-Fluß wurden am Montag drei Brasilianer, darunter zwei Vettern des Präsidenten Vargas, erschossen. Die Brasilianer befanden sich auf einer Motorbootfahrt, als sie plötzlich von einer argentinischen Grenzwache beschossen wurden. Die Argentinier behaupten, daß die Brasilianer, zum Beidrehen aufgefordert, mit Revolverschüssen geantwortet hätten. Hierauf habe die argentinische Wache das Feuer eröffnet. Das Motorboot erhielt auch mehrere Schüsse in den Benzintank, so daß es völlig ausbrannte.

„Graf Zeppelin"

zwischen den Kapverden und Fernando Noronha.

— **Hamburg,** 16. Oktober. Nach den bei der Deutschen Seewarte vorliegenden Meldungen stand das Luftschiff „Graf Zeppelin" am 16. Oktober um 19 Uhr halbwegs zwischen den Kapverden und der Insel Fernando Noronha. In einer Fahrthöhe von 200 Metern hat es schwache südsüdöstliche Winde, wolkiges Wetter und 27 Grad Wärme.

95 Millionen Ausfuhrüberschuß

Der deutsche Außenhandel im September.

Nach der soeben veröffentlichten Statistik des deutschen Außenhandels betrug die Einfuhr im September 337 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Vormonat ist sie somit um rund zehn Millionen Reichsmark, d. h. nicht ganz 3 v. H. zurückgegangen. Mengenmäßig beträgt die Verminderung sogar fast 5 v. H.

Die Ausfuhr ist von 413 Millionen Reichsmark im August auf 432 Millionen Reichsmark im September, d. h. um fast 5 v. H. gestiegen. Mengenmäßig ist die Zunahme eher noch etwas größer, da der Ausfuhrdurchschnittswert weiter gesunken ist. Die Zunahme der Ausfuhr im September ist damit etwas stärker als im Durchschnitt der früheren Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diesmal der Export nach Rußland, der im Vormonat stark erhöht war, erheblich abgenommen hat. Ohne das Rußlandgeschäft ergibt sich für die Ausfuhr eine Steigerung um fast 8 v. H. Im ganzen hat sich hiernach also auch im September die Saisontendenz voll durchsetzen können.

Die Handelsbilanz schließt im September mit einem Ausfuhrüberschuß von 95 Millionen Reichsmark gegen 66 Millionen Reichsmark im Vormonat ab. Auch der Ausfuhrüberschuß im September 1932 wird durch das Septemberergebnis dieses Jahres um rund 12 Millionen Reichsmark übertroffen.

Dagegen bleibt das Ergebnis für die ersten neun Monate des laufenden Jahres mit 477 Millionen Reichsmark noch erheblich unter dem Ausfuhrüberschuß in der gleichen Zeit des Vorjahres, der 847 Millionen Reichsmark betrug, zurück.

Bekanntmachung.

Der Friedhofsweg von Sunem bis zum Kandidatenkonvikt wird gepflastert. Er ist daher vom 16. bis zum 28. Oktober für jeden Verkehr gesperrt. Die Umleitung zum oberen Friedhofsweg führt über den Salem- und Saronweg an Morija vorbei.

Gadderbaum, den 13. Oktober 1933.

Der Ehrenbürgermeister des Amtes Gadderbaum als Ortspolizeibehörde: Dr. Huttel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Im **Spezialgeschäft** mit den besten **hygienischen Einrichtungen**
kauft man hochwertige **Molkereiprodukte** wie **Schlagsahne** usw.
BENTER • Am Bach 32 / **Aeltestes Molkerei-Spezialgeschäft** / Fernruf 5559

KAFFEE
nur gute handverlesene Qualitätsware
täglich frisch, aus erster **Großrösterei**
DREI Beispiele: Guatemala-Mischg. Mk. 2.08 / Costa-Rico-Guatem. Mk. 2.28 / Columbia m. Maragog. Mk. 2.42
Probesendungen je 1 Pfd. Mk. zusammen 6.70 franko geg. Nachn.
durch **Viktor Erdmenger, Löhne i. Westf. 19**

N.S.Volkswohlfahrt. Assapheum-Bethel

Musikalischer Abend

Mittwoch, den 18. Oktober 1933, 20 Uhr

Ausgeführt von Frau Elisabeth Schroiff-Bielefeld (Sopran), Fräulein Adele Hellmann-Bielefeld (Klavier), Herr Dr. Dickel (Violine), Herr cand. phil. Harold Seiler (Cello), Liebbegleitung: J. P. Seiler.

Sämtliche Kompositionen sind von J. P. Seiler.

Zum Vortrag kommen: Lieder für Sopran mit Klavier (meist in Uraufführung), Klavierwerke: Sonate F-dur, Inventionen, Thema (Volkslied) mit Variationen, sämtlich in Uraufführung, Fuge G-moll für Violine und Cello (Uraufführung).

Eintrittspreis 40 Pfennig: Programm berechtigt zum Eintritt. Vorverkauf: Musikverlag Niemeyer-Gehrenberg.

Pomol, die flüssigen
Bodensee-Aepfel
in eingedickter Form ohne Zusatz von Zucker, Konservierungsmittel usw., gar. reines Naturprodukt. 1 kg gibt 8–10 L. alkoholfr. Apfelsaft
1½ kg Kanne RM 7.70
4½ kg Kanne „ 22.05
frei Haus Nachnahme durch:
Sano-Fabrik Jenny
Lindau-Reutin (Bodensee)

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON Nº 1306



Hasliberghaus Goldern
Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, sorgfältigste Verpflegung (auch Diät und Rohkost). Geistigregе, freudig. Hausgemeinsch. Erfolgreiche Herbst- und Winterkuren. Illustrierten Prospekt vom Hausvater **Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.**

Bethel.

— **Weltanschauungsabend.** Heute, Dienstag, 8¼ Uhr in Gosen, spricht Herr P. Wilmanns über das Thema: „Gott in deiner Seele". Jeder gesunde Mann willkommen.

— **Frauenhilfe.** Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3½ Uhr im Assapheum. Herr Schulrat Dr. Schmidt spricht über das Thema „Rassefragen".

— Unsere **Blaukreuzstunde** ist an jedem Donnerstag abend 8 Uhr in Gosen. Jeder ist herzlich willkommen.